

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt): Franz Bethe, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil: Karl Rankau, Magdeburg.  
Verlag von B. Garbaum, Magdeburg-Neustadt.  
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.  
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.

# Volksstimme

Pränumerando zahlbarer Abonnementpreis:  
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. inkl. Postgebühren.  
Einzeln Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummern 10 Pf.  
Beitungsliste Nr. 7242.  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 243.

Magdeburg, Freitag, den 16. Oktober 1896.

7. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

### Der Parteitag.

S. Gotha, den 14. Oktober, vormittags.

In meinem letzten Berichte unterließ ich mitzutheilen, daß dem geschäftsführenden Ausschuss der Partei einstimmig

#### Decharge erteilt

wurde. Man zurück zur Presse. Ich will auf die Verhandlungen nicht zurückkommen, sie sind den Lesern der Volksstimme bekannt. Die Haltung der bürgerlichen Presse zwingt zu einer kurzen Abwehr. Wenn schon der Parteitag selbst Stoff zu allerlei Betrachtungen hat, so erst recht die Erörterung über die Presse, wozu die Kölnische Volkszeitung bemerkt: An einer scharfen Kritik der Parteipresse Vorwärts und der Reichstagsfraktion, mit der man an manchen Stellen nicht zufrieden zu sein scheint, dürfte es zwar auch diesmal nicht fehlen, und auch sonst werden allerhand Sireitigkeiten nicht ausbleiben. Aber es wäre sehr verfehlt, wenn man derartigen Vorgängen allzuviel Gewicht beilegen wollte. So lange es Sozialdemokraten giebt, wird es unter denselben auch Streit geben, weil sie gewohnt sind, sich gegenseitig rücksichtslos die Meinung zu sagen. Zank und Streit durchziehen die ältesten wie die neuesten Kongressprotokolle, stets wurde aber der Friede mit Rücksicht auf die Gegner, die geschloffen bekämpft werden mußten, wieder hergestellt.

Was das Rheinische Blatt als „Zank und Streit“ bezeichnet, ist nur der lebhafteste Meinungsaustrausch über die Partei bewegende Fragen. Wir üben nicht bloß Kritik an unseren Gegnern, sondern auch an uns selbst und sind dabei, wie das Rheinische Blatt richtig bemerkt, gewohnt, uns gegenseitig rücksichtslos die Meinung zu sagen. Ist das geschehen, dann ist, wie passend das Echo schreibt, der Streit vorbei und geschlossener als je stehen wir dem Feinde gegenüber. Das ist gerade, was die Sozialdemokratie vor allen anderen Parteien auszeichnet. In unserer Selbstkritik liegt unsere Stärke. Darin eine Gefahr für die Geschlossenheit der Partei zu erblicken, zeugt von vollster Verkennung einer lebendigen Partei. Eine große Partei ohne Meinungsverschiedenheiten ist tot; die Meinungsverschiedenheiten sind das Zeichen potenzierten Lebenskräfte, wo sie sich im Rahmen fester, allgemeiner anerkannter Parteigrundzüge bewegen. Wir wollen aber nicht tot sein, wir wollen leben unseren Gegnern zum Troste, der Menschheit zum Heile. Deshalb lebe die Selbstkritik! Sie ist der Weg zum Fortschritt. Und mit der Kritik wurde heute fortgefahren. Sie wurde zunächst geübt an

#### Die Thätigkeit der Reichstagsfraktion.

Referent ist Schippel. Er äußert sich kurz und verweist auf den schriftlichen Bericht, den auch die Volksstimme nachgedruckt hat. Dann klärt Schmidt Magdeburg den Irrtum auf, der dem Hamburger Echo bei Besprechung des Antrages der Magdeburger Parteigenossen unterlaufen ist. Ich habe mich bereits gestern hierüber geäußert. Liebtrecht, welcher angenommen, daß die Magdeburger Parteigenossen sich gegen die Thätigkeit der Abgeordneten wenden wollten, verzichtet nach den Ausführungen Schmidts auf das Wort. Frohne versucht seine Ausführungen im Echo zu rechtfertigen. Eine Anzahl Wünsche in Bezug auf bestehende Gesetze, insbesondere die Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter kommen zu Gehör. Bebel bedauert, daß der Antrag Magdeburg nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, seine Besprechung wäre notwendig gewesen, da die Fassung desselben zu falschen Schlussfolgerungen drängt. Interessant sind die Ausführungen der Genossen Wolkenbühr, Bebel, Schwarz. Die ersten beiden beschäftigen sich mit der Versicherungsgegesetzgebung, Schwarz mit Marineangelegenheiten, besonders dem Untergang des „Jltis“. Ich gehe auf die Ausführungen hier nicht näher ein — der nachfolgende Spezialbericht thut es. In allgemeinen werden Fragen aufgerollt, die bereits in der Fraktion ihre Erledigung gefunden haben, z. B. die Zentralisierung der Versicherungsgegesetzgebung, Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug der Rente, Schutz der Bauhandwerker, Arbeitslosenstatistik. Das Schlusswort erhält Schippel. Er fasst die Anträge kurz zusammen und ersucht, die Thätigkeit der Fraktion nicht in Zweifel zu setzen. Die Debatte über diesen Gegenstand der Tagesordnung wird um 11 Uhr zu Ende geführt. Der Parteitag hatte nicht ein Wort des Tadels über die Thätigkeit der Fraktion, er erklärte sich mit derselben völlig einverstanden.

#### Die Maisfeier

kommt zunächst zur Debatte. Gen. Rankau findet eine Resolution, die als würdigste Feier die allgemeine Arbeitsruhe fordert, für die am 1. Mai besonders einzutreten ist. Im übrigen lehnt sich die Resolution an die Beschlüsse der internationalen Kongresse an, die auf Einführung des

Achtstundentages abzielen. Es wird gewarnt, den Achtstundentag zu erzwingen von einzelnen Berufen und an die Bewegung der Former in Berlin erinnert, die noch heute zum großen Teil brotlos sind. Die Hauptsache wird immer die Stärkung der Organisationen bleiben, sowie die Agitation, worauf auch Gerlich in seinem Schlusswort hinweist, dessen Resolution einstimmig angenommen wird. Um 12 Uhr wird das Referat Bebel's über den Kongress in London und dessen Beschlüsse entgegengenommen. Eine Resolution zu diesem Punkte liegt nicht vor. Bebel giebt eine Geschichte des Kongresses und legt unsere Stellung zu den Anarchisten dar. Seine Ausführungen über die englische Bourgeoisie im Vergleich zur Deutschen erwecken das lebhafteste Interesse. Die industrielle und kommerzielle Lage Englands wird vom Redner besprochen; sie hat zur Folge das Zusammenwirken der englischen Arbeiter mit denen des Kontinents. Bebel legt den Parteigenossen ans Herz, die gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen. Nachdem Bebel die Beschlüsse des Kongresses einzeln besprochen, eine Anzahl Begrüßungstelegramme verlesen, wird die Sitzung von Bod, der heute früh präsidirt, vertagt. Es tritt Mittagspause ein.

#### Spezialbericht der Volksstimme.

G. Gotha, den 14. Oktober 1896.

(Vormittags-Sitzung.)

Die heutige Sitzung wird von Bod-Gotha eröffnet und geleitet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Als Referent ist Abg. Schippel ernannt, der aber auf ein Referat verzichtet und auf den gedruckt vorliegenden Bericht verweist.

Es liegen Anträge vor, welche der Reichstagsfraktion Aufträge erteilen auf Herabsetzung der Altersgrenze beim Alters- und Invalidengesetz, auf Beantragung des Achtstundentages, auf Annahme einer Arbeitslosenstatistik. Ein Antrag will die Arbeit bei einem bestimmten Hitzegrad in Fabriken verbieten, um Hitzschlägen vorzubeugen.

Groth-Rostock fragt an, weshalb die Fraktion beim Impsantrag nicht geschlossen gestimmt habe. Die Thatsache der Spaltung habe im Lande vielfach Verwunderung erregt.

Chert-Bremen macht darauf aufmerksam, daß die Seelenste bei der Unfallversicherung sehr benachteiligt sind und fordert die Fraktion auf, hier auf Besserstellung der Seelenste zu dringen.

Abg. Wolfenbühr-Hamburg wendet sich gegen den Antrag, die Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 60 Jahre herabzusetzen. Die Forderung sei ein beliebige Agitationsmittel, trotzdem müsse er ihr widersprechen, denn mit der Verwirklichung derselben würde den ökonomischen Junkern der allergrößte Schaden geschehen. Die Altersversicherung beruht auf dem Prinzip des sogenannten Kapitaldeckungsverfahrens, und es ist ein riesiges Kapital von über 300 Millionen angehäuft worden. Die ausgesetzten Renten entfallen zum größten Teil auf das platte Land, nur zum ganz geringen Teil auf die städtischen Arbeiter. Bei der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre würde sich dieses Verhältnis nicht verändern, denn die Industriearbeiter werden auch nur selten 60 Jahre. Bei einer Altersgrenze von 60 Jahren würden 100 Millionen Mark Altersrenten ausbezahlt werden müssen. Die Beiträge betragen aber nur 90 Millionen Mark, sie müßten also noch erhöht werden und es bliebe kein Pfennig für Invalidenrente übrig. Das sei aber nicht wünschenswert. Es giebt ländliche Arbeiter von 60 Jahren, die besser gestellt seien, als jüngere Arbeiter. Träte man die Altersrente ein, so würden die Gutsbesitzer den Vohn reduzieren und die Rente würde nicht in die Taschen der Arbeiter fließen. Wir müssen einen andern Gesichtspunkt geltend machen und darauf hinwirken, daß die Rente in dem Augenblick eintritt, wo die Erwerbsfähigkeit zurückgeht, das heißt jenseit, daß die Invalidenrente weiter ausgebaut werden muß. Ich bitte Sie die Invalidenrente auf Herabsetzung der Altersgrenze abzulehnen. Also, den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze abzulehnen. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß das Gesetz nicht ein Gesetz zur Unterdrückung des Proletariats wird. (Beifälliger Beifall.)

Von den Magdeburger Genossen war ein Antrag gestellt worden, welcher wünschte, daß in Zukunft nur die für die Debatte erforderliche Zahl von Abgeordneten im Reichstag anwesend sei, die übrigen sich der Agitation widmen sollten. Der Antrag fand aber nicht genügende Unterstützung.

Schmidt-Magdeburg: Ich muß mich gegen die Auffassung des Hamburger Echo verwahren, daß unser freilich nicht genügend unterstützter Antrag Nr. 29 ein Misstrauensvotum gegen die Fraktion bedeute. Wir wollen damit lediglich die Kosten verringern.

Bebel bedauert, daß der Magdeburger Antrag nicht mehr zur Verhandlung steht, er hätte sich gegen den mit der ganzen bisherigen Taktik im Widerspruch stehenden Antrag entscheiden werden müssen. Genosse Grothe hat eine Anfrage gestellt, warum beim Arbeitsgesetz ein Teil für, ein Teil gegen dasselbe stimmte. Aber er hat selbst darauf geantwortet, indem er den Unterschied zwischen politischen und wirtschaftlichen Fragen einerseits und neutralen Fragen andererseits machte: die Frage ist eine solche neutrale Frage. Es freut mich, daß Genosse Wolkenbühr endlich der ganz falschen Taktik in diesen Gesetzesfragen entgegengetreten ist. Die Ausgaben von ihm angeführten Zahlen gegen die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre sind absolut beweiskräftig. Die Ausgaben würden sich bei dieser Veränderung wesentlich erhöhen. Der Reichstagspräsident hat bei dieser Veränderung nicht die indirekten Steuern, und wenn wir deren Aufhebung und Einführung einer Reichseinkommensteuer noch so sehr fordern, das erlangen wir doch nicht. Er man sich daran denken, die Rente zu erhöhen, wird schon um neue indirekte Steuern angeklagt, schon ist das Projekt einer Meierei untergebracht. Ich bitte, den ganzen Antrag abzulehnen. Es genügt eben nicht, daß wir die Forderung stellen, sondern wir müssen wissen, welche Gefahr den Arbeitern hieraus droht. Ich bin dafür, daß man das gesamte Material der Fraktion übernehme, wir brauchen die Genossen im Lande, können es nicht

allein beschaffen, Material aus den Reihen der Beteiligten selbst ist uns besonders wichtig.

Krüger-Königsberg motiviert seinen Antrag auf Verbot der Fabrikarbeit bei großer Hitze mit 37 Hitzschlägen, die im vergangenen Sommer in Königsberg vorgekommen sind.

Lehmann-Dortmund wendet sich gegen den eben begründeten Antrag, der ganz unausführbar sei.

Thiele-Galle will, ohne bestimmte Anträge zu stellen, auf das Kapitel der Verkürzung von Unfallrenten besonders aufmerksam machen. Oft stehen die Unfallrentner schlechter da, als wenn sie Armenunterstützung erhielten. Besondere Berücksichtigung verdienen die Verhältnisse in den Knappschaftskassen. Aus dem Eislebener-Mansfelder Bezirk steht mir sehr reiches Material zur Verfügung. Am schlimmsten sind die ländlichen Ziegeleiarbeiter daran.

Schwarz-Lübeck ersucht die Fraktion, den Marineminister einmal zu fragen, ob es berechtigt ist, daß auf Kriegsschiffen der Kapitän in Augenblicken der höchsten Not die Mannschaft des Flaggentodes anstimmen und Hoch ausbringen läßt. Es ist dieser Punkt wesentlich, denn es wird jetzt so viel nachgefragt, und es besteht die Gefahr, daß dieser Brauch auch auf Kaufmännischen Einlagen findet. In Seemannskreisen hat der Vorfall nur Kopfschütteln erregt. Ich habe zwei Schiffbrüche mitgemacht, bin zweimal im Gend und Unterhose an Land gekommen. Wir haben bis zum letzten Augenblick gearbeitet und waren, als nichts mehr vom Schiff zu retten war, auf unsere Rettung bedacht, und hätten wir damals das Flaggentod angestimmt, ich stände nicht hier. Ich behaupte, wegen der Zustimmung des Flaggentodes hat ein großer Teil der Besatzung des „Jltis“ das nahe Grab gefunden. (Beifall.)

Redner tritt für Einbeziehung der Seelente in die Krankenversicherung ein. Auf den Schiffen werden alle Krankheiten, wenn es sich nicht gerade um Knochenbrüche handelt, mit Glaubersalz kuriert, aber die Hauptkrankheiten besallen den Seemann meistens erst nach der Reise und da erhält er keine Unterstützung. Die Seemannsversicherung soll ja jetzt reformiert werden, aber ausreichend werden dieselben nicht sein, wenn nicht die Seelente selbst auf den Plan treten. Sie werden bald in unsere Reihen treten, da der Seemann jetzt mehr und mehr anfällig wird. Darauf baut sich meine Hoffnung, auf die jetztgehenden Körperhaften rechnen ich nicht.

Sachse-Zwickau spricht über die Unfallrente der jugendlichen Arbeiter, die nach dem ortsüblichen Tagelohn festgesetzt wird, wodurch der, welcher als jugendlicher Arbeiter einen Unfall erlitten, nun auch in Zukunft gegen die erwachsenen Kollegen benachteiligt ist.

Duarc findet den Hauptbestand in all diesen Versicherungsgeetzen in dem Mangel der einheitlichen Organisation. Durch eine Zentralisation der Verwaltung könnte ein ungeheurer Teil der Kosten erspart werden, wodurch ein Teil der Einwände fortfiele, die Genosse Bebel vorgebracht. In Nürnberg und an anderen Orten sind Arbeitersekretariate eingerichtet, hier haben wir ein Feld für wirklich praktische Bethätigung. Was die gesetzgeberische Thätigkeit anbelangt, so hat sie bei der Novelle zur Invalidenversicherung sehr bald die beste Gelegenheit, einen Antrag einzubringen, daß auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter die Krankenversicherungspflicht ausgedehnt wird und Uebertragung dieser Pflicht auf die Krankentassen, die dann die Verwaltung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit übernehme; durch diese Selbstverwaltung werde ein großer Teil der Beschwerden fortfallen, durch ein Heruntersinken an den Gehelntwürfen ist nicht viel zu erreichen.

Abg. Schulte-Königsberg weist nochmals auf die zahlreichen Hitzschlagfälle in Königsberg hin, und beantwortet den Antrag auf Verbot der Arbeit bei übergroßer Hitze. Selbst bürgerliche Blätter hätten sich für das Verbot der Arbeit ausgesprochen.

Abg. Stadthagen: Es sei hier nichts vorgebracht worden, was nicht im Reichstage schon ausführlicher vorgebracht worden sei. Er richte an die Arbeiter den Appell, sie möchten in ihren Versammlungen und Vereinen Material sammeln und die Ungerechtigkeiten und Schäden der Versicherungsgegesetzgebung besprechen.

Bocmeltburg-Hamburg fragt über das System der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften, die im Interesse der Arbeitgeber völlige Erwerbsunfähigkeit nur ganz selten konstatieren. Es müßten dem Betreffenden schon beide Arme und womöglich noch der Kopf fehlen. Der Königsberger Antrag habe keine Aussicht auf Verwirklichung, solche Anträge sollten gar nicht gestellt werden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Schippel hält ein kurzes Schlusswort. Er sieht die Bedeutung der Debatte nicht darin, daß die Reichstagsfraktion an bestimmte Anträge gebunden wird, sondern daß eine Aussprache über die einzelnen Wünsche und die geleistete Arbeit erfolgt. Der Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze sei zu schwerwiegend und in den Folgen nicht völlig zu übersehen, als daß er hier auf dem Parteitag zum Beschluß erhoben werden könnte. Wolkenbühr habe zudem gute Gründe dagegen angeführt, wenn er auch nicht glaube, daß die Zahlen Wolkenbührs jenseit beweisen, wie er beweisen zu können meint. Auch die Anträge auf Annahme einer Arbeitslosenstatistik und auf das Arbeitsverbot bei gewisser Temperatur bitte er abzulehnen.

Die Anträge, soweit sie das Invaliditäts- und Altersgesetz betreffen, werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung „Die Maisfeier“. Der Referent, Abg. Gerlich, konstatiert, daß die Maisfeier im letzten Jahr an Umfang zugenommen hat. Er hat es aber nicht für angebracht, weiter als im Vorjahr in der Arbeitsruhe zu gehen. Redner schlägt folgende Resolution vor, die sich mit den eingegangenen Anträgen deckt:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialbewegung den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbesserung und dem Weltfrieden. Als würdige Feier des 1. Mai bemachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Frankmann-Hamburg und Chert-Bremen erklären sich gegen die Resolution des Referenten, die zu schwach sei und appellieren an die Parteigenossen, mehr als bisher für die allgemeine Arbeitsruhe zu thun. Sie empfehlen einen frankfurter Antrag, der gleichlautend mit der oben angeführten Resolution ist, aber noch die

G. Gotha, den 14. Oktober 1896.

(Nachmittags-Sitzung.)

Es folgt der 6. Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung über den Londoner internationalen Kongress. Bebel führt als Referent aus, daß es sich nicht darum handle, daß der Parteitag Stellung nehme zu den Beschlüssen des Londoner Kongresses. Die wahre Bedeutung liege in der Beschäftigung auf die englischen Arbeiter. ...

Die Debatte über den Londoner Kongress eröffnet Liebknecht: Er will nur einige Bemerkungen anbringen, die Bebel heute bereits gemacht hat. ...

Worte enthält, für die allgemeine Arbeitspause mehr als bisher einzutreten. ...

Die Debatte wird hierauf geschlossen. ...

S. Gotha, den 14. Oktober, nachmittags.

Vor Beginn der Sitzung giebt der Vorsitzende einen weiteren Sieg unserer Genossen in Oesterreich bekannt. Liebknecht giebt einige Erläuterungen zum Referat Bebel's. ...

die Organisation

ediffat; das einleitende Referat hat Auer übernommen. Das uns durch die polizeilichen Maßnahmen aufgebaute Provisorium soll vorläufig beibehalten werden. ...

kommen. Man lese nur Paul Bruffe und die deutschen Anarchisten, die jetzt aus Leipzig-Delitzsche Programm genommen sind. ...

Schoepflin: Die Anarchisten mit ihrem Oberhaupt Gustav Landauer besitzen die nötige Unerschrockenheit, um überall da, wo wirtschaftliche Kämpfe stattfinden, aufzutreten und für den Anarchismus zu kämpfen. ...

Die Diskussion wird geschlossen. In seinem Schlusswort hält Bebel die Behauptung aufrecht, daß die Tradesunionisten in ihrer Vertretung benachteiligt worden sind. ...

Der Parteitag konstatiert, daß sämtliche bürgerlichen Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell die Parteileitung, Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maßstab gemessen werden, in viel weitgehenderer Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist.

Zur Erörterung des Umstandes, daß die erstinstanzliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation, noch beim Reichsgericht als letzte Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzugehen.

Der Parteitag billigt die durch die Fraktion aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des „Vereins-Partei-Vorstand“ getroffenen provisorischen Maßnahmen:

Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitze in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstagsfraktion und beschließt:

Dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten.

Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigesetze und als eventuelle Beschwerdestelle setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus 7 Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen sind.

Die zum Punkt Organisation gestellten Anträge werden entweder zurückgezogen oder erhalten nicht genügende Unterstützung, unter letzteren ist ein Antrag: den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten. Es steht also nur das Referat zur Diskussion.

Eine Anzahl Redner verteidigt ihre Bezirke gegen die Klagen Auer über mangelnde Gelbabslieferung an die Centralkasse mit der Notwendigkeit großer Ausgaben in der engeren Heimat, so Schmidt-München und Schlicher-Weg.

Trautwein-Duedlingburg befreit, daß die Opferwilligkeit der Genossen nachgelassen habe. Die Centralkasse sei dafür nicht allein beweiskräftig.

Koenen-Hamburg schließt sich dem Kollegen Auer an. Schein-Hamburg: Auer hat das Lob der Bayern mit so viel Spitz vermischt, daß seine Rede verlesen mußte. Er war auch nicht objektiv, wenn er nur Süddeutschland vornahm, er hätte auch Stichproben aus Norddeutschland machen können.

Wenn sich in Bayern die Verhältnisse gebessert haben, so ist das nicht Auer's Verdienst, im Gegenteil, seine unschönen Angriffe in Frankfurt hätten eher das Gegenteil bewirken können, wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bayern nicht ebenso stark gewesen wäre.

München würde übrigens noch mit einem höheren Betrage figurieren, wenn nicht die letzte Sendung von 100 Mark aus Versehen einige Tage zu spät abgefaßt worden wäre.

Die Diskussion wird geschlossen, die Auer'sche Resolution angenommen, nachdem Auer lebhafte bestritten, daß er die süddeutsche Opferwilligkeit hätte in Zweifel ziehen wollen. Es überwiegt nur eine Art Provinzialismus das Gefühl der großen Zusammengehörigkeit.

Schluß der Sitzung.

**Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht**

**Gegen Richter** hat wieder eine neue Broschüre gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht, die in der bei ihm gewohnten marxistisch-rechtlichen Weise im redaktionellen Teile der Freisinnigen Zeitung angepriesen wird. Wir wünschen nur, daß die Broschüre „Gegen die Sozialdemokratie“ dieselben Erfolge für uns und für die freisinnige Volkspartei zeitigt, wie die Zerlehen und der Zukunftsstaat vom „unentwegten“ Gegen. Dann haben im Jahre 1904 die Sozialdemokraten 120 Sitze und die freisinnige Volkspartei keine Mandate zum Reichstag.

**Christlich-sozial zieht nicht!** In tiefer Bekümmernis — so lesen wir im Vorwärts — versendet ein Leipziger Verleger christlich-sozialer Schriften eine Bitte, ihn zu unterstützen, da er sein ganzes Kapital in seinen Büchern festgelegt habe. Er stellt die Ergebnisse des sozialdemokratischen Druckschriften-Vertriebes mit denen seines christlich-sozialen Vertriebes zusammen. Der Vorwärts habe achtzehn neue Druckschriften aufgezählt, von denen 166.000 Stück in einem Jahre verbreitet wurden. Dazu kamen noch dreizehn Nachdrucke in Höhe von 73.000 Stück. Der christlich-soziale Verleger aber hat am 19. September sein Verzeichnis von siebzig Schriften an fünfhundert „ausgewählte christlich-soziale Männer“ gesandt und darauf ganze zwei Bestellungen erhalten.

**Keine Marineforderungen?** Die Deutsche Tageszeitung glaubt aus guter Quelle versichern zu können, daß größere Marineforderungen jetzt nicht zu erwarten sind. Andere glauben das Gegenteil.

**Europa hat Nahe.** Herr Schlichtin, der neue russische Minister des Auswärtigen, hat vorgestern beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gesprochen.

**Der Bund der Landwirte.** Veranlaßt durch die infolge der bekannten Anzeige Verbots vorgekommenen gerichtlichen Vernehmungen versendet der Bund der Landwirte der Breslauer Zeitung zufolge ein streng vertrauliches Rundschreiben an die einzelnen Gruppen, in welchem er dieselben auffordert, sorgfältig die Entfaltung eines selbständigen Vereinslebens zu vermeiden und in allen Ankündigungen zu betonen, daß der Bund der Landwirte ein einheitlicher Verein mit dem Sitz in Berlin sei. Selbstständige Zweigvereine dürften unter keinen Umständen gebildet werden; auch sei in der Kasserverwaltung die strengste Centralisation zu beobachten, indem etwa eingehende Gelder sofort nach Berlin abgesendet würden.

**Furcht vor dem Zweibund.** Die Volkszeitung schreibt: „Die Kölnische Zeitung wird in ihrer Zweibundsfurcht geradezu kindisch; das Blatt entblödet sich nicht, die Barin als Protektoria Deutschlands anzubetteln. So weit sind wir denn doch nicht. Wie heißt doch das schöne Wort: Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt! Und nun wird gar die Barin als Schutzheilige angesehen! War es nicht die Kölnische Zeitung, die vor acht Jahren „gen. Antropopolitik“ zeterete? Wie uns eine Privatgesche aus Köln meldet wendet sich die Kölnische Zeitung an die Barin, daß sie ein „weltgeschichtliches Wert“ thue und ihrem Gemahl darlege, wie bitter ernst Deutschland es mit dem Frieden nehme, wie empfindlich die öffentliche Meinung in Deutschland gegen die Belebung französischer Revanchepäne sei, wie sie die Politik der russischen Regierung veranlaßt habe. Es sei dankbar anzuerkennen, daß der Bar überall in Frankreich mit der Wärme, die er der französischen Revolutionen schuldete, die Rücksicht gegen Deutschland fastvoll zu vereinnahmen mußte. Lasse aber die russische Diplomatie fernerhin geschehen, daß, gemäß von der Zweideutigkeit der russischen

französischen Bundespolitik, die Revanchefucht jenseits der Berge lippiger ins Kraut schießen, so werde in Zukunft keine Ueberredungskunst stark genug sein, die Massen des deutschen Volkes von einer bereits jetzt Platz greifenden Ansicht zu bekehren, daß das tatsächliche Ergebnis des Zarenbesuches in Frankreich statt der erhofften verheißenen Beruhigung das Gegenteil gebracht habe. Was soll das heißen? Hat man es mit einer offiziellen Kundgebung zu thun, oder handelt es sich nur um eine wertlose Privatarbeit irgend eines Redakteurs der Köln. Zeitung? Daß die Barin ins Spiel gezogen wird, schadet ihrem Ruf ganz bedeutend. Soll das aber ein „latter Wasserkrahl“ sein, so muß man sagen, daß die Spritze defekt ist. Lasse sich doch die Kölnische Zeitung keine grauen Haare darüber wachsen, was die „Massen des deutschen Volkes“ über die Zarenreden denken.

**Zum Empfang des Zarenpaares in Darmstadt.** Wie der Zeit aus Darmstadt gemeldet wird, lehnten die evangelische Stadtgeistlichkeit die Teilnahme an dem Empfang des Zarenpaares, und die evangelischen Kirchengebäude ihre Mitwirkung an der Serenade im Hinblick auf den feinerzeit erfolgten Uebertritt der russischen Kaiserin zum russisch-orthodoxen Glauben ab.

**An das Kriegsministerium** hatte der Minister des Innern die Anfrage gerichtet, ob und unter welchen Voraussetzungen zur Unterbringung Obdachloser bei Brand und ähnlichen Katastrophen den Militärbehörden gehörige Baracken, Zelte usw. den Zivilbehörden auf deren Ansuchen zur Verfügung gestellt werden können. Das Kriegsministerium hat daraufhin der Schlesischen Zeitung zufolge sämtlichen Generalkommandos mitgeteilt, daß auch auf eine Beteiligung der Militärverwaltung bei Bekämpfung öffentlicher Notstände Wert gelegt werden müsse und es daher angezeigt erscheine, den an die Militärbehörden ergehenden Ersuchen der Zivilbehörden in derartigen Fällen in thunlichst weitem Umfang zu entsprechen. Die Entscheidung in jedem einzelnen Falle trifft das Kriegsministerium.

In der Sitzung des Bundesrats wurde beschossen, der Resolution des Reichstages wegen Einführung eines wirksamen Schutzes auf Dachschindeln usw. keine Folge zu geben. Der Vorlage über die Zollfreie Ablassung von Naphthamotoren bei der Verwendung zum Schiffsbau wurde die Zustimmung erteilt.

**Kolonialdirektor Kaiser** hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, dessen Genehmigung bevorsteht. Wie die Frankfurter Zeitung meint, bedeutet sein Ausscheiden keine Aenderung in der Stellung der Regierung zur Kolonialpolitik. Kaisers Ernennung zu einem anderen hohen Amte im Reichsdienste ist in Aussicht genommen.

**Ein antisemitischer Parteitag** ist am Sonntag in Halle eröffnet worden, an dem gegen 200 Delegierte der verschiedenen antisemitischen Schattierungen teilnehmen. Bei einem Antrag über die Mandate zu Parteitagungen kam es zu lebhaften Zwistigkeiten. Dr. Förster wandte sich gegen die Quertretbereiten der 12 Berliner Abgesandten. Die Berliner Bewegung sei in Bezug auf die Organisation am unfertigsten und marschiere nicht an der Spitze, sondern am Schwanz der Zivilisation. (Großer Lärm.) Im übrigen entbehrten die Verhandlungen eines weitergehenden Interesses. Ein Antrag, die Heranziehung der Radfahrer zur antisemitischen Agitation betreffend, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung empfohlen, desgleichen sämtliche weiteren noch zur Organisation und Agitation vorliegenden Anträge und Beschlüsse. In seiner Montagsitzung hat der Parteitag bereits Farbe bekant, er hat sich offen auf die Unternehmenseite gestellt, die Arbeiter sind abgefallen. Ein deutsch-nationaler Arbeiterbund in Hamburg beantragt, daß die antisemitische Fraktion der Bäckereiverordnung keinen Widerstand entgegenzusetzen solle. In ähnlicher Weise beantragten die Hamburgischen Antisemiten, die Haltung der Fraktion zur Bäckereiverordnung zu beanstanden. Beide Anträge wurden abgelehnt.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Secresvermehrung. — Schiedsgerichte. — Eine Wahlschlacht.** Eine Vermehrung der Secreslasten stellte bei Beratung des Rekrutungskontingents im Abgeordnetenhause der Landesverteidigungsminister in Aussicht. — Das Rekrutentkontingent wurde bewilligt und eine Resolution des Abgeordneten Dr. Zorad, die die Regierung auffordert, wegen Einsetzung internationaler Schiedsgerichte mit anderen Mächten in Fühlung zu treten, wurde ebenfalls angenommen. — Im Bezirk Aljo Kubin kam es anlässlich der Wahlen zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Anhängern der Volkspartei und den Liberalen, wobei mehrere tödliche Verletzungen vorkamen. Die Volkspartei wurde schließlich von der Gendarmerie zerstreut, wobei einige slowakische Weiber erstochen worden sind. Es mußte Militär requiriert werden.

**Bulgarien.**

Die Komödie beginnt. Am Dienstag begann in erster Instanz der Prozeß wegen der Ermordung Stambulows. Die Anklage stellt fest, daß die Ermordung durch Stareff gen. Paliu, Zvetanow gen. Tatu und Bani Gheorgiew mit Hilfe des Kaisers Azoff vollzogen worden ist. Von 170 Zeugen schickten 31. Der Gerichtshof beschloß auf Antrag des Staatsanwalts, den Prozeß zu vertagen und die widerwärtigen Zeugen nötigenfalls gewaltsam vorzuführen zu lassen.

**Marokko.**

Der frühere marokkanische Bezieher Djamat, der sich wegen einer Verschwörung zu Gunsten Muley Mohammeds in Tetuan im Gefängnis befindet, wurde tot in seiner Zelle aufgefunden. Seine blutbefleckten Kleider deuten auf einen gewaltsamen Tod hin.

**Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.**

**Inland.** Von den ca. 200 Drachlern Leipzigs haben 100 die Forderungen bewilligt bekommen, 80 stehen wegen

Verweigerung derselben im Streit. — In der Schuh- und Mantelfabrik von Hamann u. Co. in Berlin haben sämtliche Arbeiter wegen Lohnreduzierung und Maßregelung die Arbeit niedergelegt. — In der Holzweiner Schuhlackfabrik der Firma Schulz u. Uhlrich wurde am Montag sämtlichen Arbeitern die Arbeit gekündigt.

**Ausland.**

\* Gemäß einem Beschlusse der letzten Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes haben bereits mehrere Sektionen Tarifbewegungen angekündigt. Nach jenem Beschlusse haben alle jene Sektionen in eine Tarifrevision einzutreten, in deren Rayon die neuerhöbte Arbeitszeit noch nicht eingeführt ist. Die Sektionen Aarau, Schaffhausen und Thurgau haben die Aktion bereits begonnen. — In Mons streiken die Bergarbeiter. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich heute auf 1300. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. —

**Partei-Nachrichten.**

**Saalabtreibung.** Das einzige Lokal mit größerem Saal, das in Mainz der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften seit etwa sechs Jahren zu ihren Versammlungen und Festen zur Verfügung stand, ist ihnen jetzt entzogen worden. Der Wirt hat nämlich dem Vorstande der Partei und dem Gewerkschaftskartell die Mitteilung zugehen lassen, daß die Pächterin des „Weißen Röckchens“, die Direktion der Störchenbrauerei in Speyer, einen in dem Mietvertrag befindlichen, fester aber nicht angewandten Paragraphen, wonach das Lokal zu politischen Versammlungen nicht benutzt werden darf, nunmehr zur Anwendung bringe und ihm die fernere Herabgabe des Lokals zu politischen Zwecken untersagt habe. — **Polizeihaft aufgelöst** worden ist der Bes. und Diskutterclub Freiheit in Kiel, weil er sich mit sozialpolitischen und wissenschaftlichen Fragen beschäftigt und Frauen als Mitglieder aufgenommen hat. — **Wegen groben Unfalls** wurde der Redakteur der Thüringer Tribüne zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil in der Nummer vom 16 August die im Jahre 1890 wegen Hochverrats zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilte, jetzt entlassene Frau Agnes Reinhold als „Märtylerin“ bezeichnet worden war. —

**Tages-Chronik.**

Magdeburg, 15. Oktober 1896.

— **Zwei Strafmandate** von je 20 Mark hat die Volkstimme erhalten wegen „groben Unfalls“. Der eine Fall betrifft eine Lokalnotiz in Nr. 206 mit der Spitzmarke „Wie Proletarier zur Welt kommen“ in dem anderen handelt es sich um ein „Eingekleidet“, welches ein Feuerwerk in einem Lokale vor dem Ulrichsthor kritisiert. In der letzteren Sache ist der vermutliche Verfasser des Eingekleidet mit dem Strafmandat bedacht. Gerichtliche Entscheidung wird beantragt.

— **Ein Leser des General-Anzeigers** bekräftigt in einem Sprechsaalartikel die „geistige Kraft“, die den Lesern „anderer“ Zeitungen manchmal zugemutet wird. Speziell hat es ihm der Allgemeine Anzeiger angethan, in dessen Leitartikel vom 26. September eine Verhöhnung der modernen Friedensbestrebungen enthalten sein soll. Der Verfasser des Sprechsaalartikels, der im übrigen ganz gesunde Ansichten über den Krieg an den Tag legt, sollte nicht über die geistige Kraft, die „andere“ Blätter ihren Lesern bieten, irren, wenn er mit der geistigen Nahrung des — unparteiischen General-Anzeigers zufrieden ist. — Im übrigen sind sich General- und Allgemeine Anzeiger in der Verherrlichung des Krieges beide gleich. — Wir empfehlen ihm die Lektüre des unsers Lesers geleisteten epochemachenden Wertes von Bertha Suttner „Die Waffen nieder“ und ein Abonnement auf die Volkstimme, die ihm hier gebotene geistige Kost dürfte ihm, seinen in dem Artikel niedergelegten Ansichten nach zu urteilen, besser zusagen. —

— **Die städtischen Gruson-Gewächshäuser** bieten auch gegenwärtig in der Herbstzeit viel Interessantes, und in allen Häusern findet der Besucher eine Fülle von herrlichen, teilweise blühenden Pflanzen. In einigen Häusern sind die Pflanzenbestände vermehrt worden. Jetzt beginnen die Blüten der Chrysanthemum sich zu entfalten, und in den nächsten Wochen wird ein reiches Flor dieses herrlichen Winterblüher vorhanden sein. Eine größere Anzahl dieser beliebten Blumen wird im Schaufenster zusammengefasst werden. Der Besuch der Gewächshäuser hat im Monat September etwas nachgelassen. Es sind im Ganzen 690 Mark für Eintrittsgelder vereinnahmt worden. Die Gesamteinnahme im Sommerhalbjahr (seit der Eröffnung am 12. April bis 30. September) betrug 6875 Mark. —

— **Die Magdeburger Straßenbahngesellschaft** beginnt ihren Betrieb vom Donnerstag ab für das Winterhalbjahr eine Stunde später. Die ersten Wagen fahren ab von den Endstationen Sandenburg und Neustadt um 7 Uhr 12 Minuten, von Buchau um 7 Uhr 13 Minuten und von der Leipzigerstraße um 7 Uhr 30 Minuten. —

— **Brandstifter.** Es ist gelungen, in der Person des Arbeiters Otto Schulze diejenige Person zu ermitteln, welche die dem Dekonom Giesecke, Neustadt, Umfassungsstraße 6 gehörige Scheune in Brand setzte. Derselbe hat auch die Scheune desselben Dekonom, Wolmützerstraße 6, angezündet und bereits ein umfangendes Geständnis über beide Brände vor dem Amtsgericht abgelegt. —

— **Unfall.** Der vierjährige Knabe Georg F. aus der Neustadt ist von der Treppe gefallen und hat dabei einen Bruch des linken Unterarms erlitten, so daß ärztliche Hilfe in der altstädtischen Frankenanstalt in Anspruch genommen werden mußte. —

— **Die neueste Nummer des Wahren Jacob** bringt neben seinem sonstigen die politische Lage in Wort und Bild in satirischer Form behandelnden reichhaltigen Inhalt eine Biographie Georg Büchners und Szenen aus seinem bedeutendsten Wert „Danton's Tod“, denen prächtige in Holzschnitt ausgeführte Illustrationen beigegeben sind. Wir empfehlen unseren Lesern die Anschaffung dieser Nummer. —

— **Circus Krember.** Die kaiserlich japanische Truppe Nishihama-Magui wird von heute an im Circus Krember einige Gastspiele geben. Als neuestes auf dem Gebiete der japanischen Kunst sei der Wunderkreis bezeichnet, welcher überall das lebhafteste Interesse des Publikums herdoorrief. Gleichzeitig sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß Semor Veltran mit seinen 6 Prachtlöwen nur noch 7 Tage auftreten wird. —

— **Auf dem Neustädter Markt** sind die beiden Riesenkinder Wilhelm und Hulda aufgestellt, die eine im Verhältnis zu ihrem Alter unerreichte Körpergröße aufweisen. Wir machen unsere Leser auf diese Naturwunder aufmerksam und verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer. —

— **Eisenach.** (Totschlag.) In dem Nachbarorte Verta v. d. G. kamen am Sonntag Abend zwei junge Leute in Streit, in dessen Verlauf einer mit einem Stock, einem sogenannten Totschläger, seinem Gegner einen so schweren Schlag gegen den Kopf versetzte, daß der Betroffene nach kurzer Frist verstarb. Der Täter wurde verhaftet. —

— **Raumburg.** (Von Rechts wegen.) Einem Handelsmann war um drei Pfennig rückständiger Zinsen die Uhr gepfaßt; er geriet in Not und verkaufte dieselbe. Wegen Pfandbruch verurteilte ihn das Hofgericht zu zwei Wochen Gefängnis. —

— **Rogleben.** (Verdienter Lohn.) Die Aktienfabrik „Goldene Aue“ verteilt bei einem Aktienkapital von 100.000 Mark für das vergangene Geschäftsjahr 20.000 Mark Dividende. —

Dresden. (Ein „säumiger“ Steuerzahler.) In der Gemeindefassung in Niederhafflau vom 7. Oktober genehmigte der Gemeinderat ein Gesetz um Streichung aus der Liste des Schankstättenverbots. Der betreffende Geschäftler ist Familienvater, hatte 14 Kinder, wovon noch sechs am Leben sind und ist beschäftigt als Tagelöhner an einem Steinbohlenwerk. Er verdient einen Lohn von 2 1/2 Mark täglich. Gegenwärtig ist seine Frau sehr krank. Es scheint danach, daß das Schankstättenverbot nicht, wie immer betont wird, nur auf böswillige Steuerzahler angewendet wird.

Dresden. (Steuer auf Kauf: den abgelehnt.) Eine Baustellensteuer nach dem jeweiligen Verkaufswert war seinerzeit von den Stadtverordneten genehmigt worden; ein diesbezüglicher Antrag wurde dem Rat zur Erwägung übergeben. Der Rat hat jetzt diesen Antrag abgelehnt. Hierbei verteuert er die Lebensbedürfnisse der breiten Masse durch indirekte Steuern, als daß er den Grundstückspekulanten eine Abgabe auferlegt.

Hamburg. (Unfälle im Fischereibetriebe.) Das hamburgische Fischereidort Finkenwerder zahlt leider bei jedem Unwetter seinen Tribut an Menschenleben und Fahrzeugen. Die Stürme am Ende des Septembers haben insgesamt 11 Menschenleben und 3 Fischereifahrzeuge beansprucht, nämlich den „Condor“, die „Welle“ und „Katharina“. Einzelne Teile der Fahrzeuge sind bereits sicher erkannt aufgespürt oder angetrieben. Von den elf Personen sind während des Unwetters zwei auf anderen Schiffen über Bord verunglückt, unter den neun anderen befinden sich vier verheiratete Männer. Allein in Finkenwerder hat das Unwetter fünf Frauen zu Witwen und fünf Kinder zu Waisen gemacht.

Hamburg. (Unterjochung.) Der frühere Expedient des Hamburger Fremdenblatts, namens Meyer, hat sich heute nach Unterjochung von 150000 Mark erschossen.

München. (Eine Rabenmutter.) Eine schauerhafte Nachricht kommt von der Mühle bei Breitenbrunn (Oberpfalz.) Dort wurde vorgestern die ledige Waise Staudigl wegen Verdachts des Kindermordes verhaftet. In einem Streifen fand man denn bei der Leiche vier Kinderleichen. Die Rabenmutter hat die Kinder stets nach der Geburt gestört, das jüngste vor vierzehn Tagen. Sie sieht auch noch in dem Verdacht, ein fünftes Kind bereiten zu haben.

Schleswig. (Schicksalschläge.) Ein ungewöhnliches Ungeheuer ereigte am gestrigen Tage, so schreibt das Hamburger Fremdenblatt, ein Pferdewagen, welcher von einem Mann und einem kleinen Knaben gezogen und von mehreren barfüßigen Mädchen begleitet wurde. Derselbe fuhr bis zum Rathaus und der Besitzer des

Werkes beanspruchte dort die Hilfe des Armenwesens für seine durch Entbindung entgegenkommende Frau, welche sich im Wagen befand. Diefelbe wurde denn auch dem Krankenhaus zugeführt, während der Mann nebst Kindern Aufnahme im Armenhause fand. Der Mann ist von Hans aus Mühlenbauer und hat bis 1889 in Schönebeck bei Magdeburg ein eigenes Geschäft gehabt und durch Brandstiftung um seine sämtliche Habe sowie um ein Kind gekommen, welches in den Flammen seinen Tod fand. Später hat er als Steinschläger in Mecklenburg bis zum 30. August d. J. sein Auskommen gehabt und ist seitdem im Lande arbeitssuchend verweilt. Er entstammt einer katholischen Familie aus Kuckau in Pommern. Infolge seiner Verheiratung mit einer evangelischen Frau hat seine Familie sich gänzlich von ihm losgesagt.

Wegrad. (Unfall durch einen elektrischen Leitungsdraht.) Ein Leitungsdraht der elektrischen Beleuchtung war zur Erde gefallen. Ein mit zwei Pferden bespannter Mietswagen fuhr darüber. Beide Pferde brachen augenblicklich zusammen, der Wagen wurde zertrümmert, und der Kutscher wie der Fahrgast erlitten eine Verletzung, von der sie sich jedoch bald erholten. Ein seltsamer Zufall fügte es, daß sich in dem Wagen, der in solcher Weise vom elektrischen Strom beschädigt wurde, der Direktor der elektrischen Beleuchtung selbst befand.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen etc.

Am Montag, den 19. d. M., abends 7 Uhr, findet im Luisenpark eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Magdeburgs und Umgegend statt mit der Tagesordnung: Die nächstjährige Lohnfrage.

Freitag, den 16. Oktober 1896: Arbeiter-Turnverein Neustadt. Turnrunde jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr abends im Gesellschaftshaus „Zur Krone“ Moldenstraße.

Turnverein „Jahn“, Groß-Quersleben. Jeden Dienstag und Freitag Turnrunde im Straumpfischen Lokale.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag Turnrunde bei Bernau, Koloniestraße.

Sonnabend, den 17. Oktober: Verband der Deutschen Buchdrucker. Versammlung im „Granat-Blätter“, Knochenhaueruferstraße.

Verband der Deutschen Bildhauer. Jeden Sonnabend Versammlung bei Wagemann, Schrobenhoferstraße.

Deutscher Drucker-Verband (Zahlstelle Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Bürgerhaus, ... Brücke 38.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zentrale Neustadt). Versammlung abends 8 1/2 Uhr im Weißen Hirsch, Friedrichsplatz 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Sektion der Klempner). Abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kleine Klosterstraße 15/16.

Quittung. Für die streikenden Werftarbeiter in Jütlingsburg gingen ein: Von den Lederarbeitern Magdeburgs 15,00. — Von der Schneider-Versammlung im Bürgerhaus 2,20. — Von dem Holzarbeiter-Verband (Neustadt) 20,00. — Von den Metallarbeitern Neue Neustadt 30,00. — Auf L. von Wilhelmstadt 23,00. — Metallarbeiter-Verband (Sektion der Feilenhauer) 10,00. — Die Expedition.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand, Fall, Wind. Includes locations like Müßig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Köslau, Barby, Schönebeck, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Admitz, Pegel, Rauenburg.

Die Frauen-Post mußten wir in dieser Woche, im Interesse einer möglichst ausführlichen Berichterstattung vom Parteitage, ausfallen lassen. Unsere Leserinnen werden unter Berücksichtigung der Verhältnisse entschuldigen. — Der Romanbogen, der schon gestern fällig war, ist uns verspätet zugegangen; derselbe wird der nächsten Nummer beigelegt werden.

Holzmakers Parquetbohle. Holzmaker & Patté, Magdeburg. 1895 prämiert mit der silbernen Medaille. Ist das beste Fabrikat zum Bohnen von Parquetböden, gestrichenen Fußböden und Linoleum.

Men! M. Chaim Westerbüsen a. d. Elbe. Größte Auswahl zu den billigsten Preisen. Arbeiter-Garderobe in großer Auswahl.

Hermann Hahnwalds Möbel-Magazin. Empfiehlt seine reell und gut gearbeiteten Möbel und Polsterwaren zu ganz billigen Preisen unter Garantie.

Otto Würdigs Restaurant. Alte Neustadt, Weinbergstr. 56. Freikonzert und humoristische Vorträge.

Heinr. Schütze. Wohlgeschmeckendes Brot. Große Familien-Verkäufe in vorzüglicher Qualität.

Restaurant H. Meyer. Große Auswahl an Speisen und Getränken.

C. F. Klee, Buchau. Brot! Brot! Brot! Großes Familien-Verkäufe in vorzüglicher Qualität.

Cirkus A. Krembscher. Große Vorstellungen und Komiker-Vorstellungen.

Paul Buhtz. Großes Familien-Verkäufe in vorzüglicher Qualität.

Soeben eingetroffen: Die Freimaurerei. Ihre Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung. Joh. Sassenbach. Preis 40 Pfennig.

Deutscher Holzarbeiterverband (Zentrale Neustadt). Mitglieder-Versammlung. Was haben wir von den Gequern zu erlernen?

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (Fil. Sudenburg). 1842 hält am Sonnabend, den 17. Oktober, ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Stadt-Theater. Freitag, den 16. Oktober 1896: Der Sängerkrieg auf Wartburg. Für Buchau. Für den heutigen Diebstahl ein dreifaches Loch! Luise-Park. Heute frische Wurst. Concordia-Theater. Täglich große Künstler-Vorstellung. Wilhelm-Theater. Freitag, den 16. Oktober 1896: Waldmeister.

Der Parteitag.

G. Gotha, den 13. Oktober 1896.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. In der wiedereröffneten Diskussion nimmt Schmidt-Magdeburg unter lebhaftem Beifall die Notiz in der Volksstimme gegen Duard als unbegründet zurück. Duard hat schon oft experimentiert, aber seine Experimente niemals zum Abschluss gebracht. Es ist meine Überzeugung, daß er durch seine Projekte die alte Polemik zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung wieder angeht hat. In manchen Orten sind Genossen, die einen Unterschied zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung nicht kennen, als Gegner der Gewerkschaftsbewegung gekennzeichnet worden. Das hat mich, der ich ein temperamentvoller Mensch bin (Große Heiterkeit), erbaut und da kam es schon vorzukommen, daß einmal einem die Feder ausrutschte. Das passiert auch andern. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Zu meiner Ansicht, daß Duard seine Arbeit aus Geldbrüchlichkeit nicht vollendet hat, bin ich durch einen Ausspruch von ihm in der ersten Sitzung der Agrarkommission veranlaßt worden. Leider ist es damals nicht zu einer Aufklärung des Mißverständnisses gekommen. Ich mußte damals annehmen, daß Duard meinte, daß er nicht entsprechend perfekt für die Arbeit entlohnt sei. (Duard rufst: Sehr nobel!) Nobel ist es gewiß, aus seinem Herzen keine Mordgrube zu machen. (Lebh. Beifall.) Ich habe mich als Verfasser des Artikels bekannt. Duard hat hier eine große Verteidigungsrede gehalten, als ob ihm nicht die Presse offen stünde. Nun, die persönlich beleidigenden Vorwürfe habe ich zurückgenommen, aber Duard ist zweifellos ein Mann, der über die ganze Taktik der Partei in äußerster Unklarheit sich befindet. (Sehr richtig!) Im Vorwärts war die Kommission für Arbeiterstatistik scharf angegriffen worden, in einem andern wurde sie in Schutz genommen. Es stellte sich heraus, daß der Verfasser dieser beiden Artikel sich auf die eine und dieselbe Person des Genossen Duard verächtet. (Heiterkeit und hört! hört! — Duard rufst: Unwahr!) Dann widerlegen Sie mich. Wie ist die Haltung Duards in seiner kaufmännischen Presse! Die antisemitische Partei stellte er als eine Volkspartei neben der sozialdemokratischen Partei hin. In einem andern Artikel konstatiert er mit großer Freude die Verleihung des Kronenordens an jemand! Welche Mädchen macht er gegenüber den Thüringer Genossen. Von sozialdemokratischem Thüringer Gruß hat er da geredet! Das alles zeigt doch, daß er die Bewegung offenbar gar nicht so erregt nimmt. (Lebhafter Beifall.) Ich habe diese Mißsprache auf dem Parteitage lebhaft gewünscht, denn sie ist sehr deutlich: einmal wird sie Veranlassung, daß in der Presse — und damit bin ich einbezogen — anständiger geschrieben wird (große Heiterkeit), und sodann wird sie hoffentlich auch Duard belehren, daß er etwas sachlicher aufzutreten und sich den Anschauungen und der Taktik der Partei etwas mehr anzupassen hat. (Beifall.) Damit verlässe ich den Duard. Die Ausführungen Fischers' unterschreibe ich. Wir wollen die Kraft Liebknechts nicht missen, aber wo er jetzt steht, kann er sie nicht völlig entfalten. Er ist gebunden und das Band muß ihm genommen werden. Liebknecht ist nicht der Mann, der von früh bis abends auf dem Sessel sitzt. Er gehört draußen hinaus in die Agitation und in das Parlament. Da müßt er der Partei ganz anders. Suchen Sie ihn in den Berichten über die Parlamentsverhandlungen. Sie finden ihn nur bei der Staatsberatung und da hat er keine Zeit gehabt, den Etat zu studieren. (Sehr wahr!) Nun haben wir den Vorschlag gemacht — wir wollten es im Fraktionskreise besprochen wissen — es solle Liebknecht unter Belastung eines Jahresgehalts die Mitarbeiterschaft am Vorwärts gesichert sein und wir sollen uns dann bestreben, einen Mann zu finden, der den Vorwärts nach dem Muster der Leipziger Volkszeitung gestaltet, nach Einteilung, Ausstattung und Eingehen auf die unentbehrlichsten Fragen. (Beifall und Widerspruch.) Jetzt schäppeln die Genossen aus der Leipziger Volkszeitung ihre Meinung. (Widerspruch.) Aus Fischers Worten klang ja heraus: So lange Liebknecht an dieser Stelle ist, ändert sich am Vorwärts nichts: ist es nicht so? (Lebhafter Zustimmung.) Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Bezüglich der Neuen Welt bitte ich Sie dringend, an ihr nichts zu ändern, weder nach Inhalt noch nach der Seitenzahl. Wir in Magdeburg sind mit ihr zufrieden. Die besprochenen Mängel wird Steiger ja abstellen. (Beifall.)

doch etwas drastischer. Und nun gar Aristophanes, Lucian zc. Die Söhne unserer höhern Klassen bekommen das alles anstandslos in der Schule zu lesen; nur für den Arbeiter soll dergleichen zu unästhetisch sein.

Auer: Die Klagen über den Vorwärts sind 25 Jahre alt, werden aber jetzt von der Mehrheit der Genossen erhoben, was früher nicht der Fall war. Genosse Liebknecht soll nicht anders werden; wie er ist schämen wir ihn hoch, er soll bloß nicht an einer Stelle bleiben, für die seine Individualität nicht paßt. Liebknecht wird auch wohl disziplinierter Genosse die Konsequenzen ziehen. Nun zur Affäre Duard. Es ist so viel über den anonymen Artikelfschreiber des Vorwärts gesagt worden. Ich will Ihnen jetzt den Verfasser vorstellen. Ich bin es selber (Heiterkeit). Auf: das mußte ja jeder. Ich sage Ihnen nichts Neues? Nicht wahr? (Große Heiterkeit.) Auch Genosse Duard wußte, daß ich der Verfasser war (Duard: Nein). Aber Genosse Duard, haben Sie nicht Briefe geschrieben, in denen direkt mein Name genannt war? (Duard: Nur vermutet.) Warum mag ich mich nun nicht eher genannt haben. Glaubt Genosse Duard, daß ich vor dem Dr. Maximus Duard Angst habe. Nein, Genosse Duard, vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Ich habe mich nur nicht genannt, weil Sie die Polemik vom sachlichen auf das persönliche Gebiet hinüberziehen wollten, und weil ich genau wußte, daß, wenn ich mich nannte, der ganze alte Streit über die Gewerkschaftsfrage wieder entbrennen würde. Einen Fall Auer contra Duard wollte ich vermeiden. Redner bekräftigt, daß in den Vorwärtsartikeln Beleidigungen für Duard enthalten seien. Aber Duard sei zu empfindlich. Er habe schon manchen Strauß in der Partei ausgekostet, dieser werde nicht der letzte sein, obwohl er ihm der unangenehmste sei. Er könne keinen weinerlichen Gegner leiden, einen, der immer schreit, daß man ihm wehe gethan. Er brauche einen ganzen Kerl, mit dem er sich ordentlich streiten könne. Er wolle Duard Genugthuung geben. Möge man ein Schiedsgericht einberufen, und Duard möge sämtliche Richter ernennen. Er müsse sich von jedem Vorwurf frei machen. Redner wendet sich gegen die verlangte Neugründung eines Blattes in Karlsruhe. Die Partei habe für solche Experimente kein Geld. Die Parteikassee lebe fast ausschließlich von dem Vorwärts und dem Hamburger Geschäft und den Beiträgen der Berliner und Hamburger Genossen. Die Süddeutschen sollten doch nicht das Odium aufnehmen, sich ihr Blatt von den Preußen bezahlen zu lassen. (Große Heiterkeit.)

Dr. Duard: Vielleicht sind nächstens ein paar Delegierte hier anwesend, die Kuhmaul oder Ochsenkopf heißen, damit noch mehr so schöne Biere wie mit meinem Namen gemacht werden können. Genosse Schmidt hat seine Beleidigungen zurückgenommen, ich danke ihm hierfür, man sieht aber, wie leichtfertig oft völlig erfindende Behauptungen den Weg durch die Presse machen. Genosse Auer sagt, ich habe das unsachliche Moment in die Debatte getragen, ich soll das skandalisiert gewesen sein. Die Sache hing aber so an, daß der Vorwärts meine Vorschläge wohl kritisierte, aber sie nicht abgedruckt hat. Auer stellt sich heute als das Lammchen hin, das kein Wäpferlein trüben könnte. Mein Artikel war durchaus nicht persönlich. Soll ich nicht sagen können, mein Kritiker unterschreibt mir etwas? Auer hat mich aber als gewohnheitsmäßigen Hecker zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung hingestellt. Auer hat citiert, aber die Stelle, wo ich ihm die besten Wünsche für sein Handeln zuerkunde, nicht mit citiert. Ist das ein ehreliches Glatz für die Beleidigung, mich verdrüben mit den Sozialreformern mehr als persönliche Beziehungen, hat Auer keine Erklärung gegeben. Alles was Timm und Schmidt darüber gesagt haben, waren faule Redensarten. Diese Zurechtweisung bleibt bestehen. Die Vorschläge sollten übrigens kein Programm sein, ich hätte sie als einfacher Diskussionsredner in einer Frankfurter Volksversammlung gemacht. In der Handlungsbewegung habe ich mich streng auf gewerkschaftlichem Boden gehalten, nie die Sozialdemokratie angegriffen, so werde ich es weiter halten. Man solle nicht sagen, die Handlungsbewegung hätten ihn hinausgeworfen, wo er doch stets der Hecht im Karpfenteich der Handlungsbewegung gewieken sei. Die ganze Debatte werde wohl eine Lehre für die Polemik in Zukunft sein. Wenn hier von verachteten Existenzen gesprochen worden ist, so war das einfach eine Ungelegenheit. Ich habe noch nie einen Fennig Unterstützung von der Partei verlangt, ich irre auch nicht nach einer Parteistelle, ich fühle mich als freier Schriftsteller sehr wohl. Wir haben ganz andere verachtete Existenzen unter uns. Ich habe mein früheres, besseres Einkommen ausgegeben, weil mich die Fogit zur Partei hinüberzog und mich meine Thätigkeit nicht mehr befruchtete.

Liebknecht teilt im Auftrag der Hamburger Genossen mit, daß sie ihren Antrag, betreffend die Neue Welt, für erledigt halten, da sein Zweck erreicht sei. Er habe die Klagen über den Vorwärts nicht leichtsinnig in den Wind schlagen wollen, er wollte nur alles an eine Redaktionskonferenz verweisen haben. Seine Zeit habe er keineswegs verschwendet. Die Reise nach England sei notwendig gewesen. Und auf den Londoner Kongress habe er auch gehen müssen, das, glaube er, habe im Interesse der Partei gelegen. Man sagt, ich habe eine despotische Natur, ein diktatorisches Wesen: Man sagt, daß dies erst in Berlin entdeckt wurde. Die Verhältnisse liegen wohl in der Sache; er könne sie nicht allein überwinden. Er sei nicht der freie Herr seines Blattes, er könne über die Mitarbeiter nicht freihändig verfügen. In einer Beziehung sei er hartnäckig; er habe in gewissen Dingen andre Ansichten als die Genossen in Berlin. Diese Vertheidigung sei gerade außerordentlich wertvoll für die Partei: nichts wäre schlimmer, als daß der Vorwärts ein offizielles, um nicht zu sagen ein Reptil-Blatt werde. Gegen Genossen Schmidt-Magdeburg bemerke er, auf sein Altemeil sich zurück-zuziehen, dazu fähle er sich doch noch nicht an genug. Aber sowie eine bessere, eine jüngere Kraft sich zur Chefredaktion finden sollte, so würde er sofort zurücktreten. Genosse Schmidt könne es nicht verhindern, daß er nach dem Breslauer Parteitag nicht in den Unteroffizierskonferenz gegen die bayerischen Genossen eingestellt wäre. Durch einen solchen Ton hätte eine Spaltung damals die Genossen gewesen, das wisse er vielleicht nur noch mit zwei oder drei Genossen. Es wird eine Stellungnahme des Vorwärts verlangt. Die liege nicht im Interesse der Partei, sollte er sich etwa über das nächste Forum, den Parteitag stellen, der manchmal einen Beischluß kommt im Vorwärts ja jede Meinung zum Ausdruck, so daß die Genossen sich über alles orientieren könnten. Der Vorwärts führe die Partei nicht. Aber das soll er doch auch nicht. Er soll mitgehen mit der Partei, nicht ihr Leitthumel sein: das verlange das demokratische Prinzip, die Würde und das Ansehen der Partei. Manche frägen anderer Ansicht sein, und manchen möge jenes monarchische Prinzip lieber sein, er aber müsse an seiner Überzeugung festhalten. Es sei gegen ihn das harte Wort gefallen, er bilde mit seiner Person das Hindernis für das Interesse der Partei in dem Vorwärts. Nun er sei mit dem Vorwärts nicht verheiratet und er wände nicht zurücktreten, ihm brauche man keinen Stoß zu geben, damit er sich von seinem Platz entferne; aber einwilligen habe er den bessern Mann noch nicht gefunden, der an seine Stelle rücken könnte. (Beifall und Handclatschen.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen und ein Schlußwort des Referenten.

Bei der Abstimmung wird zunächst ein Antrag: Der Vorwärts hat bei wichtigen Parteifrägen bestimmte Stellung zu nehmen. Weiter wird beschlossen, daß Parteimitglieder Annoncen von beworbenen Lokalen nicht annehmen dürfen. Der Antrag auf Gründung eines Blattes in Karlsruhe wird abgelehnt, dagegen wird beschlossen, daß Annoncen von Arbeitgebern, bei denen gewreist wird, nicht annehmen werden. Die Anträge gegen die Neue Welt werden sämtlich zurück-

Ein Antrag, in welchem der „gute Ton in Polemiken“ verlangt wird, findet nicht die Mehrheit. Schließlich wird der Antrag Bebel, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, ob das Defizit der Neuen Welt auf 25 000 Mark herabgebracht werden kann, angenommen.

Es wird nun der dritte Teil des Geschäftsberichts „Die Klassenverhältnisse“ erörtert.

Zu der Diskussion stellt Grenz-Leipzig fest, daß die Leipziger Volkszeitung nicht verschuldet ist, daß sie sich vielmehr, obwohl sie bei der Gründung von Berlin kein Geld erhalten habe, in sehr guter Lage befindet. Die Zeitung, die bisher natürlich große Summen verschlungen habe, leiste jetzt schon Ueberflüsse und die Leipziger Partei würde von jetzt ab auch wieder wie früher Gelder an die Parteikassee ausfolgen, ihre früheren Leistungen sogar noch zu überbieten suchen. (Beifall.)

Kiebel-Berlin fordert die Parteigenossen im Lande auf, mehr Geld an die Parteileitung abzuliefern. Wo solle schließlich das Geld für Diäten herkommen, wenn sich die Abgeordnetenzahl vermehrt? In Berlin sei das Geldeintreiben auch nicht leicht.

Nach kurzer Debatte und einem Schlußwort des Parteikassee-Verichters wird die Diskussion geschlossen. Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch früh vertagt.

Bericht über die Mittwoch-Verhandlung im Hauptblatt.

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht.) Der Fabrikarbeiter Hermann Müller zu Schönebeck, geb. 1877, wurde von der Anklage der gemeinschaftlichen Körperverletzung freigesprochen. — Im September 1893 wurde das der Ehefrau des Ingenieurs Karl Böttcher hier, geb. 1841, gehörig gewesene Grundstück, Obvestedterstraße 22, in dem Feilenhauerei betrieben wurde, zwangsweise verkauft. Kurz vor dem Versteigerungstermin will Böttcher angeblich mit dem Hypothekengläubiger Privatmann Aug. Bartsch in Hamburg vereinbart haben, das Grundstück für Frau Böttcher zum Preise bis zu 65 000 Mark wieder zu erstehen. Bartsch kaufte es für 62 000 Mark, verlangte dann aber 80 000 Mark, und als Böttcher diesen Preis nicht anlegen wollte, verkaufte Bartsch das Grundstück an eine Gesellschaft für 75 000 Mark. Böttcher stellte hinterher Zivilprozesse an, die aber verloren gingen, und denunzierte am 28. Dezember 1893 den Bartsch wegen Betrugs. Diese Anzeige soll nach den angestellten Ermittlungen wesentlich falsch erfolgt sein. Böttcher verblieb bei seinen Behauptungen, die aber durch die Beweisaufnahme widerlegt wurden. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Monate Gefängnis u. Publikationsbefugnis. — Der Cigarrenfabrikant Karl Bergmann hier, geboren 1871, kam in der Nacht zum 8. Juni d. Js. auf dem Heimwege von einer Hochzeitsfeier mit einem jungen Mann in Streit und schlug ihn mit dem Stock über den Kopf. Das Urteil lautete in Anbetracht der Vorstrafen auf 4 Monate Gefängnis. — Der frühere Versicherungsbeamte Willy Hoffmann aus Gommern, geboren 1868, war seit Jahren häufig stellenlos, lebte als Hochstapler und erschwandelte sich seit 1891 in 19 Fällen von verschiedenen Personen Darlehen in Höhe von je 2 bis 30 Mark, ferner Zechen, eine Damenuhr, zwei Trauringe und ein Wert über das Tierleben. Mit Vorliebe gab er sich als Privatförster aus und trug zum Zwecke der Täuschung Uniform. In drei weiteren Fällen blieb es bei dem Betrugsversuch, da Hoffmann abschlägig beachtet wurde. Im Jahre 1893 unterschlug er zu Zerbst 15 Mark Bohn, die ihm ein Dienstmädchen zur Ablieferung an ihre Mutter übergeben hatte. Ferner entwendete er einem Freunde, den er in Köthen besuchte, aus dem Koffer einen Hut und reiste heimlich ab. In einzelnen Fällen haben Mutter und Schwester Erstattung geleistet. Den Diebstahl des Hutes nahm der Gerichtshof nicht für erwiesen an und strafte den Angeklagten im übrigen mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Magdeburg. (Gemeindegewicht.) Der Maschinist W. beansprucht von der Chorbandarre Magdeburg-Neustadt (G. G.) für zwei Wochen à 21 Mark Lohn, weil er ohne Kündigung entlassen ist. Kläger soll zu dem Meister gesagt haben: Er habe ihn garnichts zu sagen. Beide Parteien einigten sich auf 21 Mark, die die Beklagte zu zahlen hat. — Der Kutscher P. verlangt von dem Fuhrherrn Zieble die Herausgabe der Papiere. Beklagter ist hierzu bereit. — Der Stallmeister A. war von dem Kaufmann Anton, nachdem er dreiviertel Tag dortselbst gearbeitet hatte, wieder entlassen. A. beansprucht für vierzehn Tage 30 Mark Lohn und 7 Mark für Wohnung, zusammen 37 Mark, welche Beklagter zahlen muß. — Der Arbeiter Sch. hat an den Fabrikanten Becker eine Restforderung von 230 Mark. Kläger erhielt bei seinem Antritte verschiedene Werkzeuge, bei der Zurückgabe fehlten indes einige Stücke. Um sich schadlos zu halten, wurde dem Kläger der Betrag abgezogen. Kläger wird mit dem Klageantrage abgewiesen. — Der Drechslergeselle S. verlangt von dem Drechslermeister Herms einen Restlohn von 5 Mark und seine Papiere. Kläger erhält letztere und läßt seine weitere Forderung fallen. — Der Arbeiter W. ist von der Handelsfrau Diernart ohne Kündigung entlassen worden. Kläger beansprucht für Lohn, Kost und Sozis 33 Mark; ferner hat er eine Restforderung von 450 Mark, zusammen 3750 Mark. Beide Parteien einigten sich dahin, daß Kläger von der Beklagten noch eine Mark erhält. — Die Ehefrau Z. beansprucht von der Firma Fr. Krupp (Grusonwerk) 133 80 Mark. Der Sohn der Klägerin lernte dortselbst fast 4 Jahre, als er entlassen wurde. Von seiten der Firma wurde dem Behring ein Geschenk versprochen, daß nach Angabe der Klägerin die erwähnte Höhe erreicht habe. Der Vertreter der Firma erklärt, daß dies Geschenk nur Behring, die sich gut führen und auslernen zu teil wird. Bei dem Sohne der Klägerin ist die Entlassung darum erfolgt, daß er sich häufig und in grober Weise gegen seine Obliegenheiten verstoßen habe;

ferner hätte er häufig in der Kunst- und Gewerbeausstellung... gebühmelt. Durch die Entlassung habe der Behrting...

§ Dortmund. (Wegen eines Cigarrenstummels.) Der Bergmann Beith hatte mit andern Personen eine Nacht durchgekneipt und gegen 5 Uhr morgens, als andere Arbeiter zur Arbeit gingen, befanden sich die Leute auf dem Heimwege.

§ Hannover. (Reingefallen.) Der Schlächtermeister Frieße hatte sich kürzlich eine Uebertretung zu Schulden kommen lassen und ward dieserhalb von einem Schutzmann nach seinen Personalien gefragt.

§ Münster. (Sittlichkeitsverbrechen.) Am 8. d. M. stand der aussermittliche Redakteur Kaiser aus Münster als Angeklagter vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von C. Spindler.

„Wie ist mir denn?“ sagte Dagobert zu sich selbst, „komme ich mir doch vor, wie ein Träumender, oder besser, wie ein Trunkener, der auf schwankenden Eisschollen über einen Strom zu taumeln versucht.“

„Er sieht da,“ sprach Dagobert nun laut, und den Kopf nach der Thüre wendend, durch welche Fiorilla mit

Wein und Semmeln belastet, eintrat: „Sieh! da, mein Bäschen! Eure Heimat werde ich nicht zu sehen bekommen, aber den günstigen Augenblick will ich benützen, um den Kuß des Lebens auf Deine Rosenlippen zu drücken.“

Fiorilla entzog sich seinem Arme mit sichtbarer Befangenheit und Furcht. „Warum so ängstlich, närrische Dirne?“ flüsterte Dagobert, „noch haben sie mich nicht vogelfrei erklärt, noch darf mich ein holdes Mägdlein küssen.“

„Hol!“ entgegnete Dagobert, ernst und aufmerksam werdend, „Mädchen! Du gönnst mir wohl nicht den Wein aus meines lieben Oheims Keller?“

„Die Freiheit gönne ich Euch lieber,“ sprach Fiorilla, wie vorher: „flieht, weil es noch Zeit ist. Der Oheim hat Böses gegen Euch im Sinne. Glaubt nicht, daß er sich in seinem Schlafgemach befindet.“

„Zu verraten?“ rief Dagobert, aufspringend: „Der Bruder meines Vaters mich verraten? Zu welchem Endzweck das Bubenstück?“

„Ach, Ihr wißt noch nicht, was geschehen,“ entgegnete Fiorilla mit steigender Besorgnis, „Wallradens Verstandnis mit Sigmund ist vorbei.“

„Durch einen großen Schurkenstreich minder bedeutende wieder gut zumachen,“ unterbrach sie Dagobert ungestimmt, „wohl bekommen's, ungetaufter Erenmann. Gut ausgedacht. Der eine läuft zum Kardinal, mich anzugeben, der andere zum Engel, um dort meine Habe zu verhaften.“

„Ich besitze noch einen Schlüssel,“ antwortete Fiorilla zögernd und rot werdend, „von dem der Oheim nichts weiß. Mit diesem öffne ich Euch die Pforte.“

(Fortsetzung folgt.)



Neustädter Markt. Größte Schrammwürdigkeit zum Marke! Die Koloßalkinder Wilhelm und Hulda die größte Melarwunder des 19. Jahrhunderts. Ein jeder komme, sehe und staune!

Neu! Auf! Neu! Kredit. erhält jedermann Möbel Polsterwaren, Betten, Uhren, Regulatoren, Herren- und Knaben-, Damen- und Mädchen-Garderobe, Manufakturwaren bei wöchentlicher Abzahlung 1 Mark

Stellen-Angebote. Suche eine tüchtige Stepperin. Selbstige muß auch Vordichten können. Witwe L. Stielert, Neustadt, Br. Weg 110. Mangelgültiger Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Neue Aboverträge 15/16): Gelbglieher auf Drehbank und Schraubstock, Zäpfer auf Werkbank und Densenen, Tischler, Drechsler, Börscher, Cigarrenmacher, Klebner, Schneider auf Huparen-uniform, Maler, Hausburschen, Bäder- und Barbierlehrlinge. Stellen-Gesuche. Mangelgültiger Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Alte Aboverträge 15/16): Mobeltischler, Schloßer, Schmiebe, Feilenhauer, Galvaniseur u. Schleifer, Schneider, Buchbinder, Zurechter, Eisenbrecher, Gärtner, Lackmaler, Steinmetz, Steinbruder, Sattler, Barbier, Kaufleute, Maschinist, Kurierer, Hausdiener, sowie nichtgewerbl. Arbeiter für jede Arbeit. Als Gebamme empfiehl ich [1593] Frau Gunkel, Gr. Marktstr. 17. Standesamt. Magdeburg, den 14. Oktober 1896. Aufgebote: Bahnarbeiter Julius Eduard Meißner in Prödel mit Karoline Marie Müller in Menz. Pferdebahnhöcker Ad. Sannas in Neustadt mit Marie Ries in Salzdörbe. Lokomotivführer Georg Pollmar hier mit Viktoria Margarete Helene Karoline Rüd in Hannover. Post-Unterbeamter Paul Viehweg mit Vertha Sed hier. Fleischer Friedr. Ad. Köhle in Seebauken (Kr. W.) mit Auguste Agnes Anna Hoje in Stadt. Heiratliche: Ehemaliger Paul Viehweg

Friedrich Schmidt hier mit Dalesca Menzel in Neustadt. Hilfskassier im Justiz-Regt. Nr. 66 Karl Wille mit Elisabeth Menge hier. Arbeiter Reinhold Tiege mit Elisabeth Hoffmann hier. Buchhalter Friedrich Wiethaus mit Meta Beier hier. Schuhmacher August John mit Bronislawa Naprecht hier. Geburten: Paul, S. des Richters Gottfried Doherty. Anna, T. des Tischl. Max Siebert. Ein S. des Kaufmanns Paul Klusmann. Grna, T. des Eisen-Schaffners Emil Trömel. Margarete, T. des Arb. Friedrich Dietrich. Grna, T. des Schuhm. Hermann Stein. Paul, unehelich. Todesfälle: Anna, T. des Tischl. Max Siebert, 2 1/2 Stunden. Wilhelm Jhwe. Provinzial-Steuer-Sekretär, 41 J. 5 M. 2 T. Endenburg, den 14. Oktober 1896. Aufgebote: Apotheker Karl Max Richard Volkmit in Halle a. S. mit Agnes Reichert. Geburten: Wally, unehel. Hermann Friedrich, unehelich. Todesfälle: Karoline geb. Röber, Ehefrau des Tischlers Otto Behrends, 39 J. 4 T. Karl Grütsmacher, Mohrleger, 39 J. 3 M. 4 T. Wime Albrecht, Karoline geb. Hertenstock, 69 J. 5 M. 5 T. Suckan, den 14. Oktober 1896. Heiratliche: Handelsmann Joh. Hermann Stollberg mit Witwe Luise Deuter geb. Lenzler hier. Geburten: Paul, S. des Arbeiters Friedrich Ahrendt. Richard, S. des Arb. Karl Sage. Neustadt, den 14. Oktober 1896. Aufgebote: Weißgerber Friedr. Gottfried Kraß mit Marie Anguine Stern. Heiratliche: Ehemaliger Schlosser Feinr. Faubel mit Alwine Leopold. Brigadeschreiber Vicemachtmeyer des Mannen-Regiments Nr. 16 Albertens Kammgieser mit Martha Wolkenhauer. Geburten: Albert, S. des Arb. Simon Henze. Auguste, T. des Arb. Friedrich Henrich. Gerda, T. des Königl. Schuhmachers Karl Varnemann. Paul, S. des Zurechenerarbeiters August Volktrath. Todesfälle: Anna Auguste Ida, unehelich, 2 M. 16 T. Anton, S. des Arb. Konstantin Jesiorowski, 3 M. 21 T. Guise, T. des Arb. Wilhelm Becker, 14 J. 2 M. 8 T. Zorgeburt: Ein S. des Tischlers Marius Reinhold.

Homöopathie! Von einem gründlichen und jenseitigen Wissen bei Krankheiten von... Visser, homöopath. Pratt. Magdeburg, Jakobstr. 3.

Hermann Liebau Magdeburg, Breiteweg 127, 1 Treppe Ecke Schroddorferstraße, gegenüber der Katharinenkirche.